

**Achtung! Achtung! Achtung!**

**Ab 19.06.2017 gelten neue Geschäftszeiten für das Büro des Stadtvorstandes!!!!**

**Montag: 10:30 – 13:00 Uhr, Mittwoch: 10:30 – 16:00 Uhr**

**Für Abrechnungen bitte unbedingt die neuen Zeiten beachten!!!!**

# Linkes Blatt <sup>DIE LINKE.</sup>

Für Halle und den  
Saalekreis

6. Ausgabe / 27. Jahrgang

13. Juni 2017

## Andreas Höppner im Interview

### Der neue Landesvorsitzende zu den Vorhaben im Landesverband

**Herzlichen Glückwunsch zur Wahl als Landesvorsitzender. Wir stehen vier Monate vor der Bundestagswahl. Was ist als Erstes zu tun?**

Vielen Dank für die Glückwünsche und Danke auch an die Genossinnen und Genossen für die starke Unterstützung beim Landesparteitag. Eine Partei lebt von den Mitgliedern. Die Kreisverbände bringen und halten uns zusammen. Das ist nicht nur im Bundestagswahlkampf wichtig. Deshalb gibt es für mich immer eine langfristige Überlegung – wie bleiben wir lebendige Mitgliederpartei? Die Bundestagswahl ist gut vorbereitet, Bund, Land und Kreise sind schon mitten in den entscheidenden

Abstimmungen. Die nächste Etappe, die wir gemeinsam nehmen, ist der Bundesparteitag vom 9. bis 11. Juni in Hannover – wir beschließen unser Bundestagswahlprogramm. Direkt in der Aktionswoche nach dem Parteitag wollen wir in allen Kreisen mit unseren zentralen Forderungen werben. Speziell in Sachsen-Anhalt unterstützen wir zudem die Volksinitiative für mehr Lehrerinnen und Lehrer. Wir haben hier gravierenden Unterrichtsausfall, schlicht und ergreifend weil die Landesregierung über Jahre hinweg zu wenige Lehrkräfte eingestellt hat. Deshalb sammeln wir in den nächsten Wochen und Monaten zusammen mit Gewerkschaften, Lehrer- und Elternverbänden 30 000 Unterschriften, um weiter Druck auf die Regierung zu machen.

**Die Mitgliederzahlen in den Ostverbänden sinken. Gleichzeitig betonst Du, wie wichtig eine**



Rede von Andreas Höppner beim Landesparteitag in Halle (Saale)

Foto: Martin Heinlein

#### **funktionierende Mitgliederpartei ist.**

Das ist eine Herausforderung, der sich alle seit vielen Jahren bewusst sind. Ich komme aus dem Altmarkkreis Salzwedel – die Genossinnen und Genossen fahren auch weite Strecken, um zusammenzukommen. Die Veranstaltungen in den Stadt- und Kreisverbänden sind die Gelegenheit, sich politisch, aber auch sozial auszutauschen. Wir sprechen oft über die Integration jüngerer Menschen in die Partei, aber auch ein 50-jähriges Neumitglied braucht Anknüpfungspunkte. Zum Wahlkampfworkshop im April waren eine ganze Reihe neuer Gesichter zu sehen. Wir werden weiter Angebote machen, zu denen jeder und jede vorbeikommen kann. Die nächste Gelegenheit ist am 23. Juni – dann begehen wir das zehnjährige Jubiläum der LINKEN in Sachsen-Anhalt.

weiter auf Seite -2-

## Andreas Höppner im Interview

Fortsetzung von Seite -1-

### Was ist zur 10-Jahres-Feier am 23. Juni geplant?

Ab 15 Uhr feiern wir im Familienhaus in Magdeburg. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen. Wir blicken zurück und nach vorn – vergleichen auch Erfahrungen aus der PDS-Zeit mit der heutigen Situation. Am 16. Juni 2007 fusionierten die Quellparteien WASG und Linkspartei. PDS zur LINKEN. Die Bundespartei feiert dies ein Wochenende lang beim Fest der LINKEN in Berlin. Wir sind eine Woche später dran, wer sich die Zeit nehmen kann und will, sollte vorher die sicherlich sehr interessante Konferenz des Netzwerkes gegen Kinderarmut besuchen. Diese tagt am 23. Juni am selben Ort, dem Familienhaus in Magdeburg, Hohepfortestr. 14, ab 11 Uhr.

### Du hast das Netzwerk gegen Kinderarmut angesprochen. Welche weiteren Themen sollte DIE LINKE ansprechen?

Wir leben in einem Land voller Wohlstand – aber der kommt nicht bei allen an. Mir muss niemand was über das Lohnniveau in Ostdeutschland erzählen, ich war neun Jahre lang Betriebsrat in der Nahrungsmittelbranche. Wenn auch noch die zentralen Arbeitgeber in einer Region wegbrechen, wie zuletzt mehrfach in Sachsen-Anhalt, bedeutet das auch Not und echte Lebenskrisen. Deshalb muss DIE LINKE laut und deutlich sagen, dass die herrschende Wirtschaftsförderung Tarifflicht begünstigt, dass der Mindestlohn höher werden muss, dass 24 Prozent Kinderarmut in Sachsen-Anhalt ein Skandal sind. Ich bin es gewohnt, mit Konflikten umzugehen und auf der Seite der Arbeitnehmer zu stehen. Das lässt sich übertragen auf DIE LINKE: Sagen, was ist, und klare Konzepte für mehr Gerechtigkeit bei Steuern, Löhnen und Renten vorlegen.

### Der Ortsverband Halle-Nord der Partei DIE LINKE

lädt seine Mitglieder und Interessierte zur  
nächsten Zusammenkunft

für **Mittwoch, den 21. Juni 2017, 16 Uhr in den  
Linken Laden (Leitergasse 4)** ein.

**Marianne Böttcher**, Stadtvorsitzende, wird als  
Delegierte von der Diskussion und Be-  
schlussfassung zum Wahlprogramm auf dem Par-  
teitag in Hannover berichten.

## Wahlergebnisse der 2. Tagung des 6. Landes- parteitages in Halle am 20.05.2017

Landesvorsitzender

### Andreas Höppner

abgegebene Stimmen: 128

gültige Stimmen: 128

Ja: 92,2 % (118 Stimmen)

Nein: 3,1% (4 Stimmen)

Enthaltungen: 4,7 % (6 Stimmen)

stellvertretende Landesvorsitzende

abgegebene Stimmen: 127

gültige Stimmen: 127

### Doreen Hildebrand

Ja: 82,7 % (105 Stimmen)

Nein: 14,2% (18 Stimmen)

Enthaltungen: 3,1 % (4 Stimmen)

### Janina Böttger

Ja: 77,2 % (98 Stimmen)

Nein: 13,4 % (17 Stimmen)

Enthaltungen: 9,4 % (12 Stimmen)

### Jörg Schindler

Ja: 91,3 % (116 Stimmen)

Nein: 5,5% (7 Stimmen)

Enthaltungen: 3,2 % (4 Stimmen)

Landesgeschäftsführer\*in

### Henriette Krebs

abgegebene Stimmen: 127

gültige Stimmen: 127

Ja: 76,4 % (97 Stimmen)

Nein: 10,2 % (13 Stimmen)

Enthaltungen: 13,4 % (17 Stimmen)

Landesschatzmeister

### Achim Bittrich

abgegebene Stimmen: 127

gültige Stimmen: 127

Ja: 83,5 % (106 Stimmen)

Nein: 11 % (14 Stimmen)

Enthaltungen: 5,5 % (7 Stimmen)

**Landesvorstand**

Gritt Kumar, Ja: 82,4 % (103 Stimmen)  
Monika Hohmann, Ja: 78,4 % (98 Stimmen)  
Evelyn Edler, Ja: 76 % (95 Stimmen)  
Bianka Görke, Ja: 68 % (85 Stimmen)  
Kerstin Auerbach, Ja: 68 % (85 Stimmen)  
Mareen Kelle, Ja: 61,1 % (77 Stimmen)  
Roland Claus, Ja: 70,8 % (85 Stimmen)  
Frank Hoffmann, Ja: 62,5 % (75 Stimmen)  
Paul Reinhardt, Ja: 62,5 % (75 Stimmen)  
Michael Waßmann, Ja: 62,5 % (75 Stimmen)  
Swen Knöchel, Ja: 59,2 % (71 Stimmen)  
Jan Wagner, Ja: 59,2 % (71 Stimmen)  
Mitglieder im Bundesausschuss  
Ute Haupt, Ja: 99,1 % (106 Stimmen)  
Petra Weiher, Ja: 96,3 % (103 Stimmen)  
Torsten Hans, Ja: 84,1 % (90 Stimmen)  
Mario Blasche, Ja: 99,1 % (106 Stimmen)

**Ersatzmitglieder im Bundesausschuss**

Monika Krüger, Ja: 98,1 % (104 Stimmen)  
Achim Bittrich, Ja: 92,5 % (98 Stimmen)  
Gabriel Rücker, Ja: 84,9 % (90 Stimmen)

**Mitglieder der Landesschiedskommission**

Eva von Angern, Ja: 90,6 % (96 Stimmen)  
Burga Richter, Ja: 92,5 % (98 Stimmen)  
Lydia Roloff, Ja: 95,3 % (101 Stimmen)  
Pia Schillinger, Ja: 79,3 % (84 Stimmen)  
Richard Kabelitz, Ja: 96,2 % (102 Stimmen)  
Felix Teske, Ja: 94,3 % (100 Stimmen)

**Mitglieder der Landesfinanzrevisionskommission**

Jana Lankau, Ja: 96,4 % (107 Stimmen)  
Petra Giest, Ja: 88,9 % (112 Stimmen)  
Annelie Roloff, Ja: 97,3 % (108 Stimmen)  
Wolf-Rüdiger Gerboth, Ja: 98,1 % (103 Stimmen)  
Ulrich Krimmling, Ja: 95,2 % (100 Stimmen)

**Basisorganisation Halle-Neustadt**

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,  
wir laden Euch herzlich ein zu unserer nächsten  
Versammlung unserer Basisorganisation  
**am Donnerstag, dem 15. Juni 2017,  
um 18:00 Uhr,**  
im Wahlkreisbüro Hendrik Lange, Am Gastro-  
nom 14, 06124 Halle-Neustadt  
Thema „Auswertung des Landesparteitags der  
LINKEN Sachsen-Anhalt“

19. Juni 2017 14:00 bis 15:00 Uhr  
**Telefonsprechstunde von Bernd Riexinger**  
14:00 bis 15:00 Uhr, bitte vorher telefonisch  
unter 030-24009530 anmelden.

3. Juli 2017 14:00 bis 15:00 Uhr  
**Telefonsprechstunde von Katja Kipping**  
14:00 bis 15:00 Uhr, bitte vorher unter 030-  
24009530 anmelden.

## Aus der Stadtratssitzung vom 31. Mai 2017

Seit Wochen beschäftigt den Stadtrat das Thema „Verwaltungszentrum in einer Hochhausscheibe in Halle-Neustadt“. Was ist der Hintergrund?

Zum einen gibt es einen Stadtratsbeschluss aus dem Jahre 2015 zum Erhalt des gesamten Scheibenensembles im Zentrum von Halle-Neustadt. Um ihn erfüllen zu können, hat die Stadtverwaltung beispielsweise bei der Beantragung von Fördermitteln schon geholfen. Die Verwaltung hatte nun die Idee, eine Scheibe für einen zentralen Verwaltungsstandort zu nutzen. Der Vorteil liegt vor allem darin, dass ein Großteil der bisherigen (und zum Teil sehr teuren) Verwaltungsstandorte zusammengefasst werden könnten. Natürlich muss man immer die Wirtschaftlichkeitsberechnung dabei sehen. Jedoch gibt es u. a. das Problem, dass uns als Stadt Halle gar keine „Scheibe“ gehört. Sie sind alle im Privatbesitz und wie jeder sehen kann, stehen die Scheiben seit ca. 15 Jahren ungenutzt! Eine Ausnahme bildet lediglich die Scheibe D. In ihr ist u. a. auch das Jobcenter zu finden. Die Scheibe A soll demnächst zwangsversteigert werden, also eine Chance für die Stadt Halle.

Die Verwaltung hat deshalb dem Stadtrat vorgeschlagen, einen Grundsatzbeschluss zu fassen, der „nur“ beinhaltet, sich für die Richtung eines neuen Verwaltungsstandortes auszusprechen. Der Oberbürgermeister wurde dann beauftragt, die dafür notwendigen Beschlüsse vorzubereiten. Und dieser Beschluss war den Mitgliedern unserer Fraktion (und auch von anderen Fraktionen!) zu wenig. Wir möchten schon wissen, welche Verwaltungsbereiche wohin ziehen sollen. Immer wieder gab es dazu Fragen in den Ausschussberatungen. Inzwischen gibt es zwei „Grobkonzepte“. Ein Konzept beinhaltet die Zusammenlegung aller technischen Verwaltungsbereiche (neues Technisches Rathaus), das andere beschreibt die Zusammenlegung der vorrangig sozialen Bereiche. Allerdings sind diese beiden Konzepte **n i c h t** Bestandteil der Vorlage. Es hört sich nicht nur schwierig an, die Beratungen waren und sind dazu eben auch nicht einfach. Am 30.05.2017 gab es eine kurzfristig einberufene gemeinsame Beratung von Planungs- und Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss, um noch einen Beschluss als Grundlage für die Beratung im Stadtrat zu haben. Das gelang auch. Mehrere

Fraktionen hatten Änderungsanträge eingereicht. Durchgesetzt hatte sich ein Antrag unserer Fraktion, der u. a. fordert, das endgültige Nutzungs- und Belegungskonzept dem Stadtrat vor dem Erwerb der Scheibe vorzulegen.

Des Weiteren haben wir die Forderung aufgemacht, dass die sozialräumliche Jugendhilfeplanung (das ist ein Stadtratsbeschluss!) bestehen bleibt und auch das Haus der Wohnhilfe seine satzungsgemäße Zweckbestimmung behält und nicht veräußert wird. Und dennoch wurde die Vorlage gestern im Stadtrat noch einmal vertagt. Grund: Nicht alle Gremien (hier: der Finanzausschuss) wurden vor der Abstimmung im Stadtrat beteiligt. Die Vorlage soll jetzt im Juni verabschiedet werden. Nach Meinung des OB haben die Stadträte eine „Verhinderungstaktik“ angewandt und damit könnte die Beteiligung an der Zwangsversteigerung zu spät sein. Inzwischen soll das Bürgerbegehren des Halle-Neustadt-Vereins zur Anmietung einer Hochhausscheibe in Gang gebracht werden.

Der Oberbürgermeister unterstützt das Begehren. Es bleibt also spannend.

Sollen wir uns um den Titel „Kulturhauptstadt“ bewerben oder nicht? Auch hier gehen bekanntlich die Meinungen sehr auseinander. Wir hatten dafür plädiert, dass eine ehrenamtlich besetzte Jury prüfen sollte, ob sich die Bewerbung lohnt. Der Geschäftsführer der TOO (Theater-, Oper und Orchester GmbH) hat gestern das Votum der Arbeitsgruppe für eine Bewerbung vorgestellt und begründet. Nun muss darüber auch in den Fachausschüssen des Stadtrates diskutiert und beraten werden, ehe der Stadtrat einen Beschluss fasst.

Beschlossen wurden im Stadtrat unsere Anträge zur Einführung (Prüfung) eines Kombi-Tickets für die Besucher aller Sport- und Kulturveranstaltungseinrichtungen der Stadt Halle (Saale) und unser Antrag (gemeinsam mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Unterstützung der Volksinitiative für mehr Lehrer\*innen und pädagogische Mitarbeiter\*innen an Sachsen-Anhalts Schulen.

Ute Haupt  
Stadträtin

## JE STÄRKER DIE LINKE, DESTO SOZIALER DAS LAND!

Am Montag, dem 8. Mai, unterstützte unser Ortsverband die Europawoche der Kinderland gGmbH Mücheln zum Sportfest mit Urkunden und Luftballongas für 150 Luftballons. Stadträtin Annett Beutler und Stadtrat Genosse Andres Jirmann bereiteten die blauen Luftballons mit weißer Friedenstaube vor, die dann die Kinder in den Himmel steigen ließen. 150 Luftballons am Himmel über der Baumreihe. Ein wirklich schöner Anblick und eine Botschaft.



## Merseburger Bündnis gegen Rechts mit neuem Namen und neuer Ausrichtung

Zu Beginn des Jahres setzte sich das Merseburger Bündnis mit seinen Partnern und Sympathisanten zusammen und überlegte, wie es mit dem Bündnis weiter gehen soll. Die Veranstaltung des letzten Jahres rund um den 17. Juni, welchen die Neonazis gerne nutzen, um in Merseburg zu demonstrieren. Die geringe Teilnahme und das Interesse der Merseburger regte das Bündnis an, sich Gedanken um seine Zukunft zu machen. Die offen in den Raum und sehr provokant gestellte Frage „braucht es in Merseburg noch ein Bündnis“, wurde von den Mitgliedern mehr als bejaht. Bei zahlreichen Sitzungen wurde diskutiert, welche Ausrichtung das Bündnis erfahren soll. Und man wurde sich schnell einig, dass das Bündnis mehr ist, als nur „gegen Rechts“. Merseburg ist vielfältig und bunt und das sollte auch im Namen des „neuen“ Bündnisses widerspiegelt werden. Mit vielen Ideen und Überlegungen wurde an den neuen Namen herangegangen. Das Ergebnis lautet nun „Bündnis Merseburg für Vielfalt und Zivilcourage“. Wir finden, ein absolut gelungener Name.

Der 17. Juni ist in greifbarer Nähe und auch dieses Jahr hat sich das Bündnis entschieden, mit einer bunten Aktion in Merseburg Gesicht zu zeigen. Ab 13

Uhr lädt das Bündnis zunächst zu einem Bunten Picknick auf dem Bahnhofsvorplatz. Die Bürger der Stadt Merseburg und Umgebung werden eingeladen, ihren Picknickkorb mitzubringen. Eine Gulaschkanone und ein Kuchenbasar runden das kulinarische Mittag ab. In gemütlicher Runde möchte das Bündnis mit den Bürgern ins Gespräch kommen und gemeinsam Ideen entwickeln, Merseburg in Zukunft zu gestalten. Schwerpunkt der Veranstaltung wird die Menschenkette rund um den Bahnhof bilden. 14:30 Uhr geht es los. Die Merseburger sind aufgerufen, bunte Tücher mitzubringen. Ab 15 Uhr lässt das Bündnis den gemeinsamen Nachmittag bei einem Konzert der Merseburger Band „The Crashing Dishes From Outer Space“ ausklingen.

Das Bündnis hofft auf zahlreiche Teilnahme von vielen Bürgern und Sympathisanten, die gemeinsam Merseburg gestalten und mit den Bündnismitgliedern in den Dialog treten wollen.

Daniela Müller

Stellvertretende Vorsitzende DIE LINKE. Saalekreis  
Koordinierungskreis Bündnis Merseburg für Vielfalt und Zivilcourage

## Rede zum Tag der Befreiung von Lars Brzyk, Sowjetischer Ehrenfriedhof Weißenfels

Liebe Gäste,  
wir haben uns heute hier versammelt, um gemeinsam dem 8. Mai, den Tag der Befreiung, zu gedenken. Der 8. Mai 1945 war der Tag, an dem die Herrschaft des NS-Regimes ein Ende fand; die Alliierten zwangen die Wehrmacht in die Knie und beendeten damit den Zweiten Weltkrieg und somit die Herrschaft der NSDAP in Deutschland, die es geschafft hat, 12 Jahre ein ganzes Volk zu unterdrücken, zu kontrollieren und zu lenken. In diesen 12 Jahren wurden unzählige Menschen aus Gründen ihrer Herkunft, Weltanschauung, Religionszugehörigkeit, körperlichen Beeinträchtigung oder sexuellen Orientierung ...verfolgt...verschleppt...ausgebeutet...undermordet. Das Weltbild der Nationalsozialisten sah es nicht vor, dass eine andere Rasse als der Deutschen es wert war, zu leben. Schon den Begriff ‚Rasse‘ bei verschiedenen Nationalitäten oder Glaubensrichtungen zu verwenden entbehrt jeder Vernunft. Welche Nation hat das Recht, sich als die ‚echte‘ oder ‚reinste‘ anderen Nationen voran zu stellen? Wer entscheidet über gut oder böse? Und wer behauptet, dass man eine Gruppe über einen Kamm scheren kann?

Die NSDAP hat damals die Medien zu ihren Propagandazwecken eingesetzt; die Menschen wurden mit geschönten Nachrichten aus ihrem subventionierten ‚Volksempfänger‘ eingelullt, es wurde an arrangierten Feiertagen und auf medienwirksamen Veranstaltungen eine Volksgemeinschaft inszeniert, die Ihresgleichen sucht. Das Volk zufrieden stellen, dachte sich wohl auch der Reichskanzler, als er zur Vorbereitung eines großen, die Welt umfassenden Krieges, Arbeitsplätze schuf (und dabei seine Ziele verfolgte). Der Nachfrage ein Angebot gegenüberstellen, würden die Wirtschaftler sagen, und der Kunde ist glücklich.

Erleben wir aber heute, 72 Jahre nach Beendigung dieser Terrorherrschaft nicht selbiges von Neuem? Da gibt es Parteien, die die Medien für ihre Zwecke nutzen, indem sie die Nachrichten der Öffentlichkeit umkehren und Medienvertreter als ‚Lügenpresse‘ beschimpfen. Und reden sie dem Volk nicht eher nach dem Munde, als ihm aufs Maul zu schauen?

Das Zeitalter der Globalisierung brachte freie Handelszonen und offene Grenzen mit sich. Der Markt wurde erweitert und sollte dem Kunden damit auch Chancen

bieten, sich seinen Lebensmittelpunkt suchen zu können, wo es ihm beliebt. Natürlich brachte die Globalisierung nicht nur positives. Die Nachteile haben wir 2015 erlebt, als ganz Europa von der großen ‚Flüchtlingswelle‘ sprach. Dabei waren die Flüchtlings-‚Ströme‘ hausgemacht. Die großen Industrienationen haben sich ihren Markt fernab der Heimat gesucht, wo sie versuchten politische Konflikte mit Waffen zu lösen. Bringt für Staatssäckel Geld und wenn unsere Freunde aus der Wirtschaft auch die Gegenseite beliefern, haben wir uns den Goldesel geschaffen. Dass die Geschäfte jedoch fernab unserer Heilen Welt unkontrollierbar werden und die gepeinigten Völker ihren Weg in die Sicherheit antreten, das hat angeblich keiner kommen sehen. Und auf diese Züge springen dann besagte Parteien auf, die die Stimmung einiger Gruppierungen aufnehmen und Hetze betreiben und fremdenfeindliche Parolen schreien und ihr braunes Gedankengut in die Welt posaunen, wo sie nur können. Und sie treffen damit leider den Nerv einiger Gruppen im Volk, die sich vor Politikverdrossenheit über die regierenden Parteien endlich wieder vertreten fühlen. Wieso Deutschland nur den Deutschen gehören soll, erschließt sich mir nicht. Profitieren wir nicht immerhin auch von Handelsbeziehungen ins und aus dem Ausland? Oder hört da der Nationalismus auf und wir sind wieder offen für die exotischen Einflüsse?

Europa steht an einem Scheideweg.

In den osteuropäischen Ländern hat sich die Entwicklung hin zum Nationalismus fast vollständig vollzogen. Und auch Westeuropa verheißt nichts Gutes. Wenn sich jede Nation abschottet und völkisch denkt, dann haben wir bald wieder Zeiten wie 1933. Und der Grund allein soll eine Unzufriedenheit der Bevölkerung sein? Diese Unzufriedenheit wird aber nicht beseitigt, indem sich jedes Land ausgrenzt und die Probleme versucht, alleine zu lösen. Einen Baum kann man nicht fällen, wenn der eine hackt und der andere sagt! Es bedarf einer Gemeinschaft, die am gleichen Strang zieht.

Wegen einer völlig unsinnigen und nicht vertretbaren Ideologie haben Millionen Menschen im Zweiten Weltkrieg unschuldig ihre Leben verloren, Familien wurden auseinander gerissen oder ausgelöscht. Das

Leid der Menschen ist bei überlebenden Zeitzeugen heute noch zu spüren, wenn sie aus der Erinnerung schildern, wie sie zitternd und ängstlich in stickigen Kellern saßen, während ringsum sie herum Bomben nieder gingen. Diese Zeitzeugen sollten uns mahnen, diese Fehler eines Blinden Vertrauens nicht noch einmal zu begehen. Das Dritte Reich hat uns gezeigt,

wohin eine nationalistische Denkweise führen kann. Es ist gut, dass wir heute hier stehen und dem Ende dieses Terrors gedenken. Jedoch erachte ich es als schlimm, dass dieser überhaupt möglich geworden ist. Kämpfen wir gemeinsam dagegen an und stehen für ein vereintes Europa ein.  
Vielen Dank.

### **Übergriffe beim 60-jährigen Jubiläum des Spielmannszug der Freiwilligen Feuerwehr Bad Lauchstädt – Politische Motivation benennen**

Ein Angriff in der Nacht zum Sonntag auf den DJ bei einer Party in Bad Lauchstädt, bei dem nicht nur der DJ, sondern offenbar auch weitere Personen verletzt wurden, richtete sich offenbar gegen einen Kommunalpolitiker, der sich mit viel Courage gegen Rechts engagiert. Möglicherweise ist dank des Eingreifens der anwesenden Gäste Schlimmeres verhindert worden.

Ich erwarte, dass dieser Angriff schnell und umfassend aufgeklärt wird und bei den Ermittlungen auch eine politische Motiviertheit der Tat untersucht wird. Ein Angriff auf Menschen, die sich für unsere Demokratie und Grundwerte des Zusammenlebens engagieren, ist ein Angriff auf unsere Demokratie.

Unsere Solidarität gilt den Angegriffenen und mein Mitgefühl allen Verletzten mit dem Wunsch nach baldiger Genesung.

Alexander Sorge (Kreisvorsitzender)

Kreistagsfraktion DIE LINKE. Saalekreis

Kerstin Eisenreich (MdL)

## **In Berlin und (H)alle dabei – Gott und die Welt**

Ende Mai fand der Kirchentag in unter anderem Sachsen-Anhalt statt und 2017 ist ja das Lutherjahr schlechthin. Auf allen Kanälen und Ebenen wird es sehr spirituell bis religiös. Mit dem streitbaren Menschen Martin Luther und seinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern wird sich intensiv auseinandergesetzt – so zum Beispiel auch in unserer Kolumne Die vergessenen Reformatoren vom Februar dieses Jahres – Kirchen feiern ökumenische Gottesdienste, es gibt zahlreiche Diskussionsveranstaltungen und kulturelle Angebote, wie die Weltausstellung Reformation in der Lutherstadt Wittenberg und vieles mehr.

Die Religion und der Glaube zählen zurzeit zu den Topthemen; nicht nur im Sinne einer Lutherdekade und ihren dazugehörigen Festlichkeiten. Menschen werden aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit nach wie vor ausgegrenzt, angefeindet und angegriffen. Der Islam wird mit Terror gleichgesetzt und auch der Hass auf Juden wird von diversen VolksverhetzerInnen propagiert. Das Christentum, Judentum, der Islam und auch der Hinduismus und der Buddhismus bilden die großen Weltreligionen. Wenn Menschen sich dazu entscheiden, an einen Gott oder etwas Ähnliches

glauben zu wollen, so sollen sie dies ungestört und frei tun dürfen – ohne anderen zu schaden. Gleiches gilt für jene, die sich entschieden haben, nicht an etwas wie einen Gott zu glauben. Jene Menschen bezeichnen ihre Gemeinschaft nichtreligiöser Menschen beispielsweise als Humanismus.

Der DUDEN sagt, dass der Humanismus ein Streben nach Menschlichkeit ist. Humanistische Menschen denken und handeln im Bewusstsein der Würde des Menschen. Laut dem Humanistischen Selbstverständnis 2015 sind 31 % der Menschen in Deutschland nicht religiös und auch nicht in Gemeinschaften organisiert. Doch auch sie erwarten eine Gleichbehandlung gegenüber den Religionsgemeinden. Dafür tritt der Humanistische Verband Deutschland ein.

Nichtreligiöse Menschen erfahren alltägliche Benachteiligungen, die die Autoren Michael Bauer und Arik Platzek in ihrem Bericht Gläserne Wände (2015) festgehalten haben. Darin fordern sie beispielsweise die Abwesenheit religiöser Symbole in öffentlichen Räumen. Das gilt auch für Schulen. Alternativ können in Bildungseinrichtungen auch alle religiösen Symbole hängen, die die Religionen und Weltanschauungen der

Schülerschaft repräsentieren. Außerdem soll das Unterrichtsfach Humanistische Lebenskunde analog zum Religionsunterricht angeboten werden. Ähnliches soll auch im universitären Bereich stattfinden. Hier gibt es zwar Institute für Theologie, Judaistik und Islamwissenschaft, aber keine Lehrstühle oder Studiengänge für Humanismus bzw. humanistische Studien. Auch bei den Begabtenförderwerken haben Studierende lediglich die Wahl zwischen Stiftungen, die entweder Kirchen oder Parteien nahestehen. Ein humanistisches Begabtenförderwerk könnte hier eine mögliche Ergänzung und Erweiterung darstellen. Und wie sieht das im Alltags- und Berufsleben aus? Es gibt zahlreiche religiöse Feiertage, an denen Menschen, ob religiös oder nicht, arbeitsfrei bekommen, um dem jeweiligen Anlass zu gedenken. Dementsprechend wäre es doch nur fair, wenn der 21. Juni (also der Welthumanistentag) anerkannt und so mit anderen religiösen Feiertagen gleichgestellt und damit auch frei wäre. So fordert es zumindest der Bericht. Und was ist mit dem Tanzverbot an sogenannten ‚stillen Feiertagen‘ oder der Kirchensteuer?

Für Humanistinnen und Humanisten, aber auch für DIE LINKE. im Bundestag, ist eine Trennung von Staat und Kirche unabdingbar. Religiöse und nicht-religiöse Gemeinschaften sollen gleiche Rechte genießen. Keine/r soll bevorzugt oder benachteiligt werden. Die Religion ist Privatsache und ihre Ausübung darf weder unterdrückt noch verboten werden. Ein verpflichtender Ethikunterricht an allen Schulen sei daher zu unterstützen. Wird parallel dazu ein freiwilliger Religionsunterricht angeboten, so darf hier nicht eine Konfession überwiegen, sondern müssen alle Glaubensrichtungen gleichermaßen Berücksichtigung finden.

Der Welthumanistentag wird in diesem Jahr schon vom 15. bis 18. Juni 2017 in Nürnberg gefeiert. Unter dem Motto Menschen. Berühren. gibt es einen Markt der Möglichkeiten sowie Vorträge, Podiumsdiskussionen und Filme zur humanistischen Pädagogik, über die Verfolgung Andersdenkender, über Verschwörungstheorien, humanistische Ethik und natürlich über Gott und die Welt.

Wer aber nicht erst bis nach Nürnberg reisen möchte, um Humanistinnen und Humanisten kennenzulernen, der kann sich auch in Halle mal im Humanistischen Regionalverband umschauen. Dort wird nämlich auch einiges geboten: Am 26. Juni findet um 14:30 Uhr ein

Vortrag zum Thema Pro Humanismus - Der Humanistische Verband Deutschlands (HVD) und die Tradition des Humanismus und der Freidenker mit Dr. habil. Groschopp statt, der sein neues Buch vorstellen wird. Darüber hinaus bietet das Bürgerhaus des Regionalverbandes in seinen Räumlichkeiten Musikunterricht, Familien- und Jugendfeiern, Ferienangebote, Kreativkurse und auch Schuldner- und Insolvenzberatungen an.

Als Humanistinnen und Humanisten sollten sich alle Menschen verstehen. Wir reden ja auch ständig von den humanistischen Werten, die wir alle vertreten wollen und sollen. Wir sollten Menschen respektieren, wie sie sind und sie nicht aufgrund irgendeiner Glaubenszugehörigkeit ausgrenzen, verurteilen oder ihnen die Fähigkeit selbstständigen Denkens absprechen. Toleranz und Solidarität, genauso wie Nächstenliebe, sind vereinende Ziele und Grundwerte, die über die Glaubensgrenzen hinaus Gültigkeit besitzen.  
Dr. Petra Sitte

1 Bauer, Michael / Platzek, Arik (2015): Gläserne Wände. Bericht zur Benachteiligung nichtreligiöser Menschen in Deutschland. Humanistischer Verband Deutschlands.

**Lesung und Vorstellung von Kinderbüchern am 27. Juni im BBZ „Lebensart“ e.V.**

Am Dienstag, dem 27. Juni 2017, 17 Uhr werden im BBZ „Lebensart“ e.V. einige der neuen Kinderbücher zur Vielfalt der Lebens- und Familienformen und gleichgeschlechtlicher Liebe vorgestellt. BBZ-Mitarbeiterin Marlen Weller-Menzel wird unter anderem die Bücher „Flora und der Honigkuss“ und „Mama + Mamusch. Ich bin ein Herzenswunsch-Kind“ vorstellen und aus ihnen lesen. Ein Austausch über den Einsatz der Bücher ist erwünscht. Der Eintritt ist frei.

**Basistreffen BO Riebeckplatz-Hofjäger am 14. Juni ab 16 Uhr im Kartoffelhaus, Willy-Brandt-Str. 44**

Gen. Dr. Achim Bittrich berichtet vom Bundesparteitag Hannover und über nächste Aufgaben in Vorbereitung auf die Bundestagswahl am 24. September 2017  
Gäste sind herzlich willkommen!



An die Stadt- und Kreisverbände

**- Volksinitiative für mehr Lehrer –**

**Bitte um Unterstützung und regelmäßige Bilanzierung der Anzahl der gesammelten Unterschriften**

Liebe Genossinnen und Genossen,

im Mai hat das Bündnis gegen den Bildungsmangel eine Volksinitiative für mehr Lehrerinnen und Lehrer in Sachsen-Anhalt gestartet. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt ist gern Bündnispartnerin und unterstützt die Sammlung der 30 000 Unterschriften, die für die Befassung der Volksinitiative im Landtag von Sachsen-Anhalt notwendig sind.

Ihr habt bereits Aufrufe und Unterschriftslisten erhalten, das Material und weitere Informationen findet ihr auch auf der Internetseite des Landesverbandes:  
<http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/aktuell/volksinitiative/>

Als **Zwischensammelstelle** für die Unterschriftslisten fungiert für unseren Landesverband die **Landesgeschäftsstelle in Magdeburg, Ebendorfer Straße 3**. Von dort übermitteln wir dann die Listen, die zu uns gelangen, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Der erste Schwung wird am 9. Juni zur GEW gehen, bis dahin wollen wir auch einen Zwischenstand für den gesamten Landesverband ermitteln. Herzlichen Dank für eure Unterstützung.

Bitte bilanziert die ausgefüllten Unterschriftslisten bzw. die Zahl der bei euch vor Ort/im Kreis gesammelten Unterschriften, auch wenn ihr direkt Listen an die GEW schickt. Rückmeldungen dazu bitte ich, an Monika Krüger, über die E-Mail: [lgst@dielinke-lsa.de](mailto:lgst@dielinke-lsa.de) zu übermitteln. Herzlichen Dank.

Wir wollen uns und dem Bündnis regelmäßig Zwischenstände dazu geben, um zu wissen, wo wir stehen. Eine schnelle Sammlung macht sicherlich auch die Dringlichkeit des Anliegens deutlich.

Bitte haltet das Anliegen in der Öffentlichkeit und unterstützt die Volksinitiative mit kreativen Ideen – vor Ort, in den sozialen Medien, im Netz, durch Kontakt zu Bündnispartnerinnen und Bündnispartnern vor Ort.

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Höppner

Magdeburg, 1. Juni 2017

MÜNZENBERGSAAL + SALON  
FRANZ-MEHRING-PLATZ 1, 10243 BERLIN

# EUROPA

IM SALON  
16.06.17

**EUROPA VERÄNDERN – ABER WIE?**  
ABGEORDNETE, PUBLIZISTINNEN, AKTIVISTINNEN,  
POLITIKERINNEN IM GESPRÄCH  
11-12 h: EUROPA UND DIE TÜRKEI: WIE WEITER?  
12.15-13.15 h: LINKE ÖFFENTLICHKEIT VS.  
MAINSTREAM-BERICHTERSTATTUNG  
13.30-14.30 h: BREXIT, FREXIT, GREXIT:  
NAHT DAS ENDE DER EU?  
15.-16.30 h: PARTEI, BEWEGUNG, PARLAMENT –  
GEGENEINANDER ODER MITEINANDER?

**GREGOR GYSI**  
**IMKE DIERSSEN**  
**MARTINA MICHELS**  
**SYLVIA YVONNE KAUFMANN**  
**HELMUT SCHOLZ**  
**MURAT CAKIR**  
**PASCAL THIBAUT**  
**KONSTANZE KRIESE**  
**KARIM KHATTAB**

EINTRITT FREI

European United Left • Nordic Green Left  
EUROPEAN PARLIAMENTARY GROUP  
**GUENGL**  
www.guengl.eu

**DIE LINKE.**  
IM EUROPAPARLAMENT

www.neues-deutschland.de  
www.dielinke-europa.eu

**neues deutschland**  
▶ SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG  
**nd**

Das neue Kinderförderungsgesetz (KiföG) der Fraktion DIE LINKE

## **Kita kostenfrei – Unser Weg zu mehr Qualität in der Kinderbetreuung und zur Beitragsfreiheit für Eltern.**

Zum 01. Juni 2017 – dem Internationalen Kindertag – stellt die Fraktion DIE LINKE der Öffentlichkeit ihren Entwurf für ein neues Kinderförderungsgesetz vor.

### Warum ein neues KiföG?

Ständig steigende Kosten für Eltern und Gemeinden und ein anhaltender Streit zwischen dem Land, den Landkreisen und den Gemeinden über Zuständigkeiten und Kompetenzen prägen die gesamte Zeit seit der Einführung des aktuellen KiföG im Jahr 2013. Alle Beteiligten sind zu Recht unzufrieden – die Eltern und Erzieherinnen ebenso wie die Gemeinden und die Landkreise.

### Warum legt DIE LINKE vor der Landesregierung einen eigenen Entwurf vor?

Das Landesverfassungsgericht hatte gefordert, spätestens zum 01.01.2018 Änderungen an der KiföG-Finanzierung vorzunehmen. DIE LINKE hat deshalb bereits seit dem Sommer 2016 an einer Lösung der Probleme gearbeitet. Jetzt liegt unser Entwurf rechtzeitig vor. Die Regierungskoalition wird den Auftrag dagegen nicht erfüllen. Sie hat angekündigt, erst nach der Bundestagswahl, also frühestens im Oktober 2017, ihre Änderungen auf den Tisch zu legen und bis dahin die Öffentlichkeit über ihre Pläne im Unklaren zu lassen.

### Was leistet das neue KiföG der LINKEN?

Das neue Finanzierungssystem schafft die entscheidende Voraussetzung, um die Elternbeiträge von Seiten des Landes schrittweise bis zur völligen Beitragsfreiheit abzusenken. Außerdem werden gleiche und faire Bedingungen für alle öffentliche und private Träger von Kindertageseinrichtungen gewährleistet und letztlich der gesamte Streit vor den Verfassungsgerichten beendet.

Die gesamte Planung und alle Zahlungsfragen werden komplett in die Hand der Landkreise gegeben. Das Land und die Eltern beteiligen sich künftig nur noch mit einem gesetzlich festgelegten Anteil an den vertraglich vereinbarten Personalkosten. Die gesamte Finanzierung wird dadurch transparent und nachprüfbar.

### Was soll sich für die Eltern, die Kinder und die Erzieherinnen konkret verbessern?

- Elternbeiträge werden ab 2018 in fünf Schritten abgesenkt und 2022 abgeschafft.
- Die Zahl der Erzieherinnen wird ab 2018 in fünf Schritten bis 2022 um insgesamt 20% erhöht, um Zeit für die Arbeit mit dem Bildungsprogramm zu erhalten und durch kleinere Gruppen und mehr Bildung für die Kinder die Qualität der Arbeit in den Einrichtungen zu verbessern.
- Den Leitungen der Einrichtungen werden verbindliche Zeiten für die Leitungstätigkeit zur Verfügung gestellt, u.a. für die konzeptionelle Arbeit und pädagogische Beratung.
- Die Reduzierung der Elternbeiträge bei mehreren Kindern in Kindertageseinrichtungen wird auf die Horkinder ausgeweitet. Außerdem werden die Eltern bei der Verpflegung der Kinder von den Kosten für die Ausgabe der Mahlzeiten entlastet.

www.dielinke-fraktion-lsa.de

**DIE LINKE.**  
Fraktion im  
Landtag von Sachsen-Anhalt

## Buchtipp:

### **Domenico Losurdo, Der Klassenkampf oder die Wiederkehr des Verdrängten: Eine politische und philosophische Geschichte (Papyrossa Verlag )**

Steffen Casper

‘Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaften ist eine Geschichte von Klassenkämpfen.’<sup>1</sup>

Dieses Diktum von Marx und Engels schien seit langem auch bei Menschen, die sich selbst als Linke betrachten, in Vergessenheit geraten zu sein. Ja, selbst die Verwendung des Begriffes Klasse als eines handelnden Subjektes der Geschichte war verpönt. Stattdessen sprach man lieber von sozialen Konflikten oder behalf sich mit Euphemismen, wie z. Bsp. ‘Arbeitnehmer und Arbeitgeber’ oder ‘Sozialpartner’.

Seltsamerweise war es ausgerechnet der Multimilliardär Warren Buffet der in einem Interview mit der "New York Times" deutlicher wurde: ‘Es gibt einen Klassenkampf, aber es ist meine Klasse, die reiche Klasse die den Krieg führt, und wir gewinnen.’ (Buffet spricht sogar von Klassenkrieg)

Nun hat der italienische Philosoph Domenico Losurdo ein Buch vorgelegt, in dem er deutlich macht, dass eine Linke, die sich selbst ernst nimmt, auch heute ohne die Kategorie des Klassenkampfes nicht auskommt.

Losurdo definiert: ‘In seiner reifsten Ausformulierung stellt sich die Theorie des Klassenkampfes als eine allgemeine Theorie des gesellschaftlichen Konflikts dar, die gleichzeitig eine Vielfalt der Kämpfe um Anerkennung widerspiegelt und stimuliert.’ (S. 127) ‘Allgemein’ bedeutet hier, dass diese Theorie nicht nur den Kampf gegen Ungleichheit und Ausbeutung, sondern auch um nationale Befreiung und für die Emanzipation von Frauen oder Minderheiten einschließt. Es geht also nicht ausschließlich um ökonomische Verteilungsgerechtigkeit, sondern ebenfalls um soziale und politische Anerkennung.

Pierre Bourdieu hat auf auf die Konsequenzen des Prozesses der Demoralisierung, dem die Arbeiterklasse im Zuge des neoliberalen Klassenkampfes von oben unterworfen ist, hingewiesen.

Wie er 1998 schrieb, ist ‘die Gruppe der Arbeiter,

sofern es sie als solche überhaupt noch gibt, immer mehr der Mutlosigkeit überlassen, einer Entwertung und politischen Ernüchterung ausgesetzt, die im Militantismus [zumindest in Bourdieus Heimatland] oder schlimmer noch im hoffnungslosen Gefolge der Schlagworte eines faschistoiden Extremismus ihre Verlängerung findet.’

Wenn von sogenannten Leistungsträgern die Rede ist, sind meist Manager, Banker oder Unternehmer gemeint, selbst wenn diese ihre Unternehmen in die Insolvenz geführt oder nur geerbt haben, kaum aber all jene Straßenarbeiter, Bergleute, Pflegekräfte, Müllmänner, Postboten, Lehrer, Wissenschaftler in prekären Beschäftigungsverhältnissen etc., die dafür sorgen, dass die Gesellschaft tagtäglich funktioniert und Kapitalakkumulation überhaupt möglich ist.

Letztendlich rehabilitiert Losurdo die Theorie des Klassenkampfes als am besten geeignet, um die Verschleierung von Machtstrukturen und politischen Interessen zu beenden und damit gesellschaftliche Konfliktlinien offen zulegen. Eine unbefangene Verwendung der Begriffe Klasse und Klassenkampf durch linke Politiker könnte daher zu mehr Aufrichtigkeit im politischen Diskurs beitragen und ihren potentiellen Wählern die ‘Hoffnungslosigkeit’, um mit Bourdieu zu sprechen, der rechtspopulistischen Scheinalternative aufzeigen. Leider können die vielfältigen Dimensionen des Werkes aus Platzgründen hier nicht ausgelotet werden. Bei aller enzyklopädischen Gelehrsamkeit und theoretischen Tiefe schreibt Losurdo einen klaren und flüssigen Stil. Das Buch ist insbesondere all jenen zu empfehlen, die in den oftmals von Oberflächlichkeit und Polemik geprägten tagespolitischen Debatten analytische Präzision und historische Fundierung vermissen.

<sup>1</sup> Marx, K.; Engels, F., Manifest der Kommunistischen Partei, S. 3

## Buchtipps: Unendliche Wende

### Ein Streitgespräch vor zwanzig Jahren – aktuell wie einst

Viele Menschen in der Gegenwart sorgen sich um die gegenwärtige Gesprächs- und Diskussionskultur und die zunehmenden Hass-Kommentare, die nicht nur das Gesprächsklima vergiften, sondern auch die Schwelle für Aggressionen sinken lassen. Da ist es gut und orientierend, sich an Beispiele zu erinnern, in denen politische Gegner respektvoll und argumentativ miteinander umgegangen sind und dazu etwas zu sagen hatten. Eine dieser Diskussionen fand vor zwanzig Jahren vor überfülltem Haus im Leipziger academixer-Keller statt; die Gesprächspartner waren Hermann Kant und Gerhard Zwerenz und das Ganze wurde als „Streitgespräch“ vom organisierenden Dingsda-Verlag und seinem Verleger Joachim Jahns angekündigt. Das Gespräch zwischen den beiden Schriftstellern war eine Sensation, denn beide, obwohl sich als Linke aus Ost und West verstehend, waren erbitterte Gegner. Dass sie sich zum Gespräch trafen und es auch sachlich, sogar weitgehend zu ähnlichen Positionen führten, ist beispielhaft. Es ging nur nebenbei um Literatur, um Stephan Hermlin und Alfred Kantorowicz, um den Dingsda-Verlag und den Aufbau-Verlag, um Mäzene und Sponsoren. Hauptsächlich ging es an diesem Märztag 1997 darum, wie es denn zu betreiben sei, dass unter den veränderten Gegebenheiten „sich in Deutschland sehr viel, möglichst alles ändern solle“. Bald darauf erschien das Gespräch als Buch unter dem Titel Unendliche Wende und ist heute noch so aktuell wie einst. 1997 dachte keiner, dass die Themen so brisant bleiben würden. - Die beiden Streitenden sind inzwischen verstorben: Hermann Kant (1926-2016) und Gerhard Zwerenz (1925-2015). Ihr Leben verlief bis 1956 parallel, bestimmt von Krieg, Gefangenschaft, Hoffnung auf „ein neues Deutschland“ (9). Dann trennten sich ihre Wege im Zusammenhang mit den Enthüllungen über die Verbrechen Stalins und sie wurden unversöhnliche Gegner. Sie wurden auch erfolgreiche Schriftsteller und sie hatten – Kant vor 1989 mehr als Zwerenz, Zwerenz als Bundestagsabgeordneter der Linken nach 1989 mehr als Kant – politischen Einfluss. Die Fragen, die sie 1997 einander stellten, sind geblieben und sie sind dringlicher geworden. Vieles, was die beiden übereinstimmend als Gefahr für die gesell-

schaftliche Entwicklung in Deutschland und Europa sahen, ist inzwischen Wirklichkeit geworden: die Osterweiterung der NATO, „eine Übermacht des Kapitals ... unter der Überschrift ‚Globalisierung‘“, die Absage an die historische Schuld der Deutschen, die „ungeheuerliche politische Dummheit“, mit „dem Finger ... auf ehemalige SED-Mitglieder oder auf Staatssicherheitsleute, einfach allgemein Richtung Osten zu zeigen“ (76), „ähnliche Prozesse“ wie 1933 u.a.

Kant und Zwerenz standen sich seit vierzig Jahren als Gegner gegenüber; beide hatten 40 Jahre kein Wort miteinander gewechselt, zu gegensätzlich waren ihre Standpunkte, obwohl sich beide als Linke bezeichneten. 1956 war das Jahr der Trennung: Hermann Kant und Gerhard Zwerenz hatten politische Differenzen mit der SED, deren Mitglied sie beide waren; aber während Kant den schwierigen Weg ging, wegen individueller Schwierigkeiten nicht die Ziele der Gesellschaft aufzugeben und sich deshalb in seiner grundsätzlichen Haltung nicht beirren ließ, ging Zwerenz in den Westen, „musste“ diesen Weg gehen, wie er sagte.

Kant sprach es deutlich aus, er hätte das Gespräch Jahre zuvor „nicht gewollt“. Beide waren sich aber einig, dass der Druck von Kapital und Medien-gesellschaft so groß ist, dass alle Kräfte gebündelt werden müssen, um der Sprachlosigkeit, die durch die Herrschaft der Medien entsteht, zu begegnen. Medien waren deshalb ein wichtiges Thema ihres Gesprächs. Es ging nicht um Presseschelte, sondern um komplexe Wahrheiten, die Kant und Zwerenz als logische Folge der Veränderungen nach 1989 erschienen und die zum gemeinsamen Handeln aufforderten, beim Zurückstellen aller individuellen Unterschiede: Es ging um eine Radikalisierung, die mindestens an die Situation um 1933 erinnerte und um eine Gefahr, die in Ost und West sich andeutete, dass die Prozesse „die Humanität, die für uns als Sozialisten das einzige Ziel sein kann, dass sie diese Humanität absolut delegitimieren und absolut auf Null hinunternivellieren“ (43). Die beiden Schriftsteller warnten vor zwanzig Jahren davor und riefen dazu auf, „überflüssige Differenzen und Kämpfe“ zu beenden, um gegen den gemeinsamen Feind vorzugehen. Zwanzig Jahre später ist diese Gefahr um vieles größer geworden und

fordert noch mehr nach Zusammenschluss der Gegenkräfte und Handlungen gegen rechts.

In diesem Streitgespräch wirkte nichts aufgesetzt, nichts intellektuell überhöht; man sprach locker und salopp miteinander. Die Situation machte es erforderlich, so verständlich wie nur möglich seine Position vor einem gemischten Publikum darzulegen. In den Zielsetzungen übereinstimmend, gab es im Prozess dort hin gravierende Unterschiede. Spätestens da kam auch die Literatur wieder ins Spiel: Zwerenz verwies auf Hermann Kants Aufenthalt, Kant auf das „unge-

heure Werk“ Von Abraham bis Zwerenz, entstanden in der Absicht, gemeinsam „etwas zu machen“ (100). Sprache sei es, mit der man in sich „selbst ein Denken und Fühlen zu verändern“ bestrebt sein muss, um Vorurteile zu beseitigen.

Rüdiger Bernhardt

Hermann Kant/Gerhard Zwerenz: „Unendliche Wende. Ein Streitgespräch.“ Querfurt/Leipzig: Dingsda-Verlag 1998, 100 S., als gebundenes Buch EUR 9,95, als Doppel-CD EUR 19,95.

## **Die Rosa Luxemburg Stiftung Sachsen-Anhalt lädt ein:**

**15.06.2017, Mittwoch, 18:00 Uhr, Podiumsdiskussion, Halle**

**„Keine inklusive Gesellschaft ohne inklusive Bildung?“**

Universität Halle, Burse zur Tulpe, Hallischer Saal, Universitätsring 5, 06108 Halle.

Kooperationsveranstaltung mit dem AK Inklusion des Studierendenrates der MLU.

Es diskutieren Dr. Petra Sitte, Prof. Dr. Patrick Wagner, Nadine Wettstein, Prof. Dr. Peer Pasternak, Dr. Ingo Barth. In der Diskussion werden Probleme und Potentiale von gesellschaftlicher Inklusion am Beispiel des Bildungs- und Hochschulsystems aufgezeigt.

Die Veranstaltung moderieren wird Hendrik Lange (Vorsitzender der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt).

**28.06.2017, Mittwoch, 14:30 Uhr, Lesung Die Kirschs oder Die Sicht der Dinge**

mit Joachim Jahns, (Dingsda-Verlag, Leipzig)  
Senioren Cafe, Linker Laden LiLa Leitergasse 4, 06108 Halle (Saale)

Joachim Jahns hat das Privatarchiv Wolfgang Kirschs und Dokumente offizieller Archive ausgewertet. Im Mittelpunkt des Buches steht die konfliktreiche Geschichte der Familie Kirsch, für die existenzielle Zuspitzungen und Brüche, Parteiausschlüsse und Berufsverbote charakteristisch sind. Detailgenau und prägnant wird dabei nachvollziehbar, aus welchen Gründen Wolfgang Kirsch die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg verlassen musste und in eine tiefe persönliche Krise stürzte. Neben dem Autor wird auch die Witwe von Wolfgang Kirsch - Gertrau-

de Clemenz-Kirsch - für Fragen zur Verfügung stehen.

**06.07.2017, Donnerstag, 14:30 Uhr, Vortrag und Diskussion**

**Das Verhältnis von Staat und Kirche**

mit Dr. Viola Schubert-Lehnardt, Halle  
im Bürgerladen Halle-Neustadt, Falladaweg 9, 06124 Halle

**12.07.2017, Mittwoch, 18:00 Uhr, Vortrag und Diskussion**

**„Arbeiterklasse“ – Ein verworfenes Wort. Bilder und Gedanken zu einem unzeitgemäßen Thema**

mit Prof. Ulrich Brieler (Universität Leipzig, Institut für Philosophie), Kooperationsveranstaltung mit der DGB Jugend und dem Hochschulinformationsbüro HS XVIII, Melanchthonianum, Universitätsplatz 11, 06108 Halle (Saale)

Kann man heute noch von der „Arbeiterklasse“ reden? Wo doch im heutigen Selbstverständnis alle Menschen der Mittelklasse angehören (wollen), auf jeden Fall aber nicht Arbeiter\*innen sein wollen? Dennoch wird wieder über Klassen und deren Interessen gesprochen, macht das Wort von der „Abstiegsgesellschaft“ die Runde, wird der politische Rechtsruck mit zunehmender Prekarität der Lohnarbeit und sozialer Vereinzelung in Verbindung gebracht. Im Vortrag wird vor Augen geführt, was seit Mitte des 19. Jahrhunderts Arbeiterklasse und Arbeiter\*innenbewegung genannt wurde. Ist das Wort „Arbeiterklasse“, tatsächlich von gestern, schlimmer von vorgestern?

## **SPD-Rentenkonzept ist enttäuschend und mutlos**

### **Pressemitteilung von Matthias W. Birkwald**

„Eine gute Rentenpolitik muss Menschen den einmal erreichten Lebensstandard im Alter sichern, und sie muss wirksam vor Altersarmut schützen. Beidem verweigert sich die SPD mit ihrem Rentenkonzept“, erklärt Matthias W. Birkwald, rentenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. Birkwald weiter:

„Wenn die SPD das Rentenniveau bei 48 Prozent stabilisieren will, heißt das konkret, dass sie die Kürzungen der vergangenen 15 Jahre weiterhin akzeptiert. Eine ‚Standardrentnerin‘ mit 45 Beitragsjahren muss deshalb schon heute auf 1520 Euro netto Rente pro Jahr verzichten.

Wenn die SPD die Grundsicherung im Alter nur für diejenigen um zehn Prozent anheben will, die 35 Jahre lang hart gearbeitet haben, heißt das konkret, dass einer Rentnerin in Thüringen gerade einmal 761,20 Euro Rente im Monat zustehen würden und einer Hamburgerin 963,60 Euro. Das schützt langjährig Versicherte weder in Weimar noch in Hamburg vor Altersarmut.

Deshalb setzt DIE LINKE in ihrem Wahlprogramm die Messlatte höher: Der Lebensstandard im Alter wird mit 53 Prozent Rentenniveau gesichert, und für die Solidarische Mindestrente fordert DIE LINKE 1050 Euro netto im Monat. Dies ist nach offizieller EU-Definition die Armutsschwelle für Alleinlebende in Deutschland.

Der SPD fehlt der Mut für eine Rentenpolitik, die den Menschen die Sorge vor der Altersarmut und sinkendem Lebensstandard nimmt. Dabei gilt: Eine andere Rentenpolitik ist möglich! Dies beweist Österreich. Dort haben Männer durchschnittlich brutto 1085 Euro mehr Rente und Frauen 358 Euro. Übrigens: In unserem Nachbarland Österreich regieren Sozialdemokraten und Konservative.“

### **Senioren-Cafe' am 28. Juni 2017**

**ab 14:30 Uhr im Linken Laden, Leitergasse 4:**

(In Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung)

Joachim Jahns v. Dingsda-Verlag erzählt in seinem Buch

„Die Kirschen oder die Sicht der Dinge“ vom Ausbooten der DDR-Intelligenz.

### **Vorschau Juli :**

**Senioren-Cafe' am 26. Juli 2017 :**

Busfahrt nach Lutherstadt Eisleben

Besuch von Gedenkstätten anlässlich des Reformationsjubiläums

Treff: Vsl. 13:30 Uhr am LiLa

Teiln. melden im Linken Laden Tel. 2025590

**GRENZENLOSE  
SOLIDARITÄT  
STATT  
G20**

**Hamburg  
Samstag | 8.7.2017 | ab 11 Uhr**

Halle-Forum: www.g20-halle.de  
Kontakt: info@g20-halle.de

### **Linkes Blatt**

#### **Impressum:**

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand

DIE LINKE Saalekreis

Leitergasse 4

06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de

Marianne Böttcher (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 600 Exemplare

#### **Spendeerbeten**

Endredaktion dieser Ausgabe:

08.06.2017

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 29.06.2017

## 10. Juni 2017 Hannoverscher Parteitag

# Mehr Raum für einen wissenschaftlichen, strategischen Dialog

### Rede von Hans Modrow, Vorsitzender des Ältestenrates der Partei DIE LINKE

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Delegierte, verehrte Gäste, der schriftliche Bericht des Ältestenrates liegt vor, Dank dem Antragsteller und den Delegierten, dass wir auch mündlich berichten dürfen.

Wie es im schriftlichen Bericht heißt, haben wir die Wahl der beiden Spitzenkandidaten Sarah und Dietmar unterstützt. Die Spitzen der Partei und wir alle sind nun herausgefordert, mit ihnen und den Kandidatinnen und Kandidaten der Landeslisten einen gemeinsamen, ohne Zaudern und Taktik, sehr entschlossenen Wahlkampf zu führen.

Wir befinden uns noch im Vorfeld des politischen Wahlkampfes, aber schon jetzt zeichnen sich verschiedene Lager ab, die Ausdruck tiefer Bewegungen in der bundesdeutschen und europäischen Gesellschaft sind. Die konservativen Kräfte bilden noch immer das stärkste Lager. Wo CDU/CSU nicht hinlangen, ist die AfD noch immer beachtlich vertreten. Der konservative Charakter dieses Doppelspiels ist auf militärische Stärke und Kriegsbereitschaft mit gewaltig steigenden Rüstungsausgaben und Motivierungen einschließlich "vaterländischem" Selbstverständnis gerichtet. Die Rolle Deutschlands in den beiden Weltkriegen sollte Warnung genug sein. Ich trat im Januar 1990 beim Treffen mit Gorbatschow für ein militärisch-neutrales vereintes Deutschland ein. Die Erweiterung der NATO schob einen Riegel davor. Das größer gewordene Deutschland wird zum Großdeutschland mit militärischen Kräften an den Grenzen zu Russland und Aufmarschgebieten im Baltikum und Polen. Und wie sich zeigt, schwingen Elemente vom Geist und den Traditionen der deutschen Wehrmacht dabei mit. Wie lautet doch da eine Zeile in dem Lied: "Völker hört die Signale!"

Als Martin Schulz erklärte, Fehler der SPD mit der Agenda 2010 korrigieren zu wollen gab es einen Schub für Vertrauen und Zustimmung. Die CDU sah sich veranlasst, im Sinne der Großen Koalition, "haltet

den Dieb" zu rufen und Merkel lobte die Agenda. Die Gewerkschaften kamen in Bewegung und haben Erwartungen gegenüber der SPD zum Ausdruck gebracht. Drei Landtagswahlen sind vorbei, da gilt es ernste Lehren zu ziehen.

Das Klima eines wachsenden Misstrauens gegenüber der Politik des herrschenden Establishments in Regierungs- und Parlamentskreisen nutzt die AfD und ist nun in 12 Landtagen vertreten. Der Prozess einer Rechtsentwicklung in der EU hat die Bundesrepublik Deutschland nicht nur erreicht, sie ist mit der vorherrschenden Politik und vielen Elementen ihrer inneren Entwicklung dabei, diesen Prozess zu verstärken. Die CDU/CSU strebt nach Schwarz-Gelb, aber die nächste Große Koalition könnte auch schon grüßen lassen.

Wir, DIE LINKE, sind herausgefordert, uns mit aller Entschiedenheit einer solchen Entwicklung entgegenzustellen. Auch wenn die Landtagswahlen nicht die von uns angestrebten Ziele erreichten, zeigten sie doch, dass wir für eine stabile Fraktion im Bundestag nicht chancenlos sind. Das Motto unseres Wahlkampfes sollte nicht sein, "für alle etwas und gegen keinen". Mit der Wahlstrategie und dem Wahlprogramm sind Schwerpunkte gesetzt, die wir hier nicht alle kommentieren können. Fünf Punkte möchten wir jedoch hervorheben:

Aussagen für friedliche Konfliktlösungen reichen nicht mehr aus, wenn Krieg geführt wird und allerorts der Frieden schon bedroht ist. Jetzt sind Massenbewegungen und Zeichen von Ungehorsam gefordert. Deutschland war und ist nicht am Hindukusch und in Mali mit militärischer Macht zu verteidigen. Zu prüfen ist aber, um welche und wessen Interessen es in den militärischen Einsätzen geht. Wer 150 Mrd. für bessere Waffen und mehr Soldaten fordert, verfolgt doch bestimmte Absichten. Sie offen zu legen und sich ihnen immer ausgeprägteren imperialen Zielen entgegenzustellen, sollte unser Anliegen sein. Politik soll Konflikte

friedlich lösen und nicht mit Sanktionen und Bedrohungen Gegensätze verstärken.

Die sozialen Widersprüche wachsen und zerstören mehr und mehr die Stabilität der Gesellschaft. Beim jüngsten Armutsbericht hätte die SPD-Ministerin auf Brecht hören sollen: "Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich". Sie warnt, was ja lobenswert ist, vor dem Übel des immer ärmer Werdens, nur die Quellen und die Größe des Reichtums Weniger finden bei ihr keine Beachtung. Marx 200 steht an. Noch scheint er für eine aktuelle Aufnahme in Theorie und Politikgestaltung der LINKEN nicht ausreichend modern zu sein. Es sollte gelten: Nicht zurück zu Marx, sondern mit Marx in die sozialen Kämpfe dieser Zeit.

Es brauchte Debatten, um mit dem Wahlprogramm der Vertretung der ostdeutschen Interessen den gebührenden Raum zu geben. Es ist nicht Zeit und Raum, um die politische Farbenliste abzuklappern, um Lob und Tadel gut und richtig zu verteilen. Wer sich auch immer wann und wo trifft, sollte eine Sache im Ohr haben und in den Blick nehmen. Da hat doch eine der beteiligten Parteien, bei allen Niederlagen, ein von ihr angestrebtes Ziel erreicht: DIE LINKE darf nicht im Landtag vertreten sein und für rot-rot-grün gibt es nun keinen Platz. Nur zwei Gedanken seien hier deutlich ausgesprochen. Die Aufmerksamkeit auf das Zurückbleiben von Regionen in Ost- und Westdeutschland zu richten, ist richtig. Die Wahlen in NRW legen dafür Zeugnis ab. Die Ursachen dafür zu erkennen und zu benennen ist noch notwendiger. Die strukturelle Entwicklung des modernen Kapitalismus wird weitere Regionen wirtschaftlich und sozial zerstören. Auch wenn es altmodisch klingen mag, was hier geschieht, ist Klassenkampf von oben, dem wir in breiten Bündnissen mit Klassenkampf von unten entgegen treten müssen. Für das Gebiet der alten DDR sind noch immer politische Momente zu beachten. Wir sollten die Ursachen für das Abschmelzen der Wählerzustimmung im Osten, kritischer als bisher geschehen, prüfen und bewusster und entschiedener als LINKE die Interessen der Bürgerinnen und Bürger in den ostdeutschen Ländern wahrnehmen und vertreten. Wo Anpassung den aufrechten Gang verstellt, geht der LINKEN Boden verloren.

Das Thema EU und Euro ist im Wahlkampf nicht auszugrenzen. Wie laut und wuchtig klanges doch, die Linke in Griechenland rückt Europa nach links. Es klang aber mehr nach Hoffnung, als nach realer kämpferischer Solidarität der deutschen und europäischen Linken, sagten mir griechische Freunde und Genossen der AKEL jüngstens in Brüssel.. Was uns zu teil geworden ist, sind harte Lehren des Klassenkampfes und die Stärke der Kräfte des Kapitals. Neustart, Neubeginn, Umsteuern und andere Worte mögen gut klingen, was wir jedoch brauchen, sind Aussagen über die Strategie unsere künftigen Kämpfe für Frieden und soziale Stabilität mit wachsender Stärke und Geschlossenheit der linken europäischen Kräfte. Pluralismus ist ein anerkannter Grundzug unserer linken, deutschen und europäischen Bewegung, wenn er jedoch Beliebigkeit verbreitet, fehlt uns die Klarheit, um die Zustimmung breiter Wählerschaften zu erreichen. Mitglieder des Ältestenrates waren in Brüssel bei der GUE/NGL. Wir wollen die Europawahlen 2019 fester in den Blick nehmen wozu auch die Traditionen der europäischen Arbeiterbewegung und die Achtung des antifaschistischen Widerstands in Europa gehören sollen.

Es gab Konferenzen mit gewichtigen Themen und verdeckten Hinweisen auf Strategien, die es gäbe. Wissenschaftler aus unseren Reihen, oder solche, die uns kritische-konstruktiv begleite, stellen die Frage, wenn ihr Elemente einer gesellschaftlichen Alternative habt, dann eröffnet eine öffentliche, starke Strategie-debatte. Der Ältestenrat schließt sich diesen Appellen mit all seinen Erfahrungen und Erkenntnissen an und wird engagiert dabei sein.

Wer kein Ziel hat, muss keinen Weg suchen. Noch heißt aber unser Ziel laut Erfurter-Programm "Demokratie und Sozialismus", in einer Welt, in der sich die Menschen vertrauen und friedlich miteinander leben. Lasst uns Ziel und Weg miteinander verbinden, etwas weniger Verkündigung und mehr Raum schaffen für einen wissenschaftlichen, strategischen Dialog, der unsere Gemeinsamkeit stärkt. Dies sollte unser Bestreben sein.

Vielen Dank!